

BTI 2016 - Mehr als Krisen, Kriege und Katastrophen: Regionalbericht West- und Zentralafrika

Basedau, Matthias

Veröffentlichungsversion / Published Version

Arbeitspapier / working paper

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

GIGA German Institute of Global and Area Studies

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Basedau, M. (2016). *BTI 2016 - Mehr als Krisen, Kriege und Katastrophen: Regionalbericht West- und Zentralafrika*. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-57189-9>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY Licence (Attribution). For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0>

BTI 2016 | Mehr als Krisen, Kriege und Katastrophen

Regionalbericht West- und Zentralafrika

Von *Matthias Basedau**

Überblick zu den Transformationsprozessen in *Benin, Burkina Faso, Burundi, Côte d'Ivoire, Ghana, Guinea, Kamerun, der Republik Kongo, der Demokr. Republik Kongo, Liberia, Mali, Mauretania, Niger, Nigeria, Senegal, Sierra Leone, Togo, Tschad und der Zentralafrikanischen Republik*



Dieser Regionalbericht analysiert die Ergebnisse des Transformationsindex der Bertelsmann Stiftung (BTI) 2016 im Untersuchungszeitraum vom 1. Februar 2013 bis zum 31. Januar 2015. Weitere Informationen finden Sie unter www.bti-project.de.

Zitiervorschlag: Matthias Basedau, Mehr als Krisen, Kriege und Katastrophen – BTI-Regionalbericht West- und Zentralafrika, Gütersloh: Bertelsmann Stiftung 2016.

Dieses Werk ist lizenziert unter einer Creative Commons Namensnennung 4.0 International Lizenz.

** Prof. Dr. Matthias Basedau ist Lead Research Fellow am GIGA German Institute of Global and Area Studies in Hamburg und Associate Research Professor am Peace Research Institute Oslo (PRIO).*

Einleitung

Für internationale Beobachter scheint das Urteil oft klar: Das subsaharische Afrika und insbesondere die Staaten in West- und Zentralafrika haben den Ruf als Orte der Kriege, Krisen, Krankheiten und Katastrophen. Und in der Tat lassen sich auch für den Untersuchungszeitraum des BTI 2016 dafür zahlreiche Belege finden. Religion scheint als Ursache von Gewalt auf dem Vormarsch zu sein. Islamistische Gewalt tobte in Nigeria und begann weiter auf die Nachbarstaaten überzugreifen. In der Zentralafrikanischen Republik kam es zu blutigen Auseinandersetzungen zwischen Christen und Muslimen, die zahlreiche Opfer forderten.

Die Ebola-Epidemie bedrohte zeitweise große Teile Westafrikas und beherrschte auch die Schlagzeilen in westlichen Medien. In den meisten Ländern bleibt tiefgreifende Armut ein erhebliches Problem, dem die Regierungen nur sehr begrenzt entgegensteuern konnten, auch wenn sie häufig über beträchtliche Vorkommen an Bodenschätzen wie Erdöl, Gold, Diamanten oder Uran verfügen. Das Militär bleibt vielerorts ein zentraler politischer Akteur. In Burkina Faso stürzte das Militär nach Unruhen um die Verlängerung seiner Amtszeit den langjährigen Präsidenten Blaise Compaoré. In Mauretanien konsolidierten die Militärs ihre Macht im Schatten einer Fassadendemokratie.

Dem entgegen lassen sich aber, oftmals von der westlichen Öffentlichkeit unbeachtet, positive Entwicklungen und Ereignisse verzeichnen, die Anlass zur Hoffnung geben. Klassische, modernisierungstheoretische Vorstellungen von den Erfolgsbedingungen von Demokratie erwarten unter den sozialen und ökonomischen Bedingungen der Region eigentlich nicht die Ausbildung demokratischer Regierungssysteme. Es ist angesichts der schwierigen Rahmenbedingungen äußerst bemerkenswert, dass mehr als die Hälfte der Staaten der Region trotz einiger Defekte als Demokratien betrachtet werden können. Das ist ein Novum seit dem ersten BTI 2006: nie zuvor wurden in West- und Zentralafrika mehr Länder als demokratisch regiert eingestuft. Friedliche Machtwechsel an der Wahlurne häufen sich. Einige Länder wie die Côte d'Ivoire und Mali konnten die innerstaatliche Gewalt reduzieren.

Ermutigend gibt es auch im sozioökonomischen Bereich: Trotz fortbestehender Armut zeigt sich in langfristiger Perspektive eine Verbesserung des Lebensstandards. Insbesondere seit dem Jahr 2000 sind die Werte im sogenannten Index für menschliche Entwicklung erheblich gestiegen. Ab dem Jahr 2000 sind die Zugewinne sogar nicht nur größer als im weltweiten Durchschnitt, sondern auch höher als in den meisten anderen BTI-Regionen – interessanterweise mit der Ausnahme des südlichen und östlichen Afrika. Es gibt also auch zahlreiche positive politische und sogar sozioökonomische Entwicklungen und es ist zum Teil eine Frage der Perspektive, ob das Glas halb voll oder halb leer ist.

Ein weiteres Merkmal der Region ist eine Mischung aus Stagnation und Dynamik. Während einerseits zahlreiche Veränderungen in einzelnen Ländern wie Côte d'Ivoire, Burkina Faso, Mali, Nigeria oder der Zentralafrikanischen Republik zu verzeichnen waren, blieben für den Untersuchungszeitraum die Veränderungen für die gesamte Gruppe der Staaten sehr gering. Aufgrund dieser Kontinuität bleiben zahlreiche Befunde der letzten Runden des BTI bestehen:

Westafrika ist bei der politischen und wirtschaftlichen Transformation grundsätzlich weiter fortgeschritten als Zentralafrika. Die politische Transformation, obwohl durchaus mit gemischter Bilanz, fällt positiver aus als die ökonomische Entwicklung; in letzterer Hinsicht bleibt die Region das Schlusslicht im BTI. Beim Transformationsmanagement bleibt West- und Zentralafrika die Region, in denen sich die Regierungen mit dem höchsten Schwierigkeitsgrad konfrontiert sehen; die ermutigende Befunde im Bereich der internationalen Zusammenarbeit müssen auch vor dem Hintergrund der Abhängigkeit von Entwicklungszusammenarbeit gesehen werden – auch wenn gerade Postkonfliktstaaten in vielerlei Hinsicht von der internationalen Zusammenarbeit profitieren, insbesondere bei der Unterstützung für die Wahrung des Friedens.

Erheblicher Wandel im Untersuchungszeitraum wird anhand der Entwicklung einzelner Länder deutlich. Eindeutige Aufsteiger im Management-Index sind die Côte d'Ivoire und besonders Mali, beide machen erhebliche Fortschritte nach jenen heftigen gewaltsamen Auseinandersetzungen, die beide Länder vor wenigen Jahren erschütterten. Vor beiden liegt jedoch noch ein langer Weg zu einer umfassenden politischen und wirtschaftlichen Transformation. Positive Entwicklungen zeigen auch der Senegal und – mit etwas deutlicheren Einschränkungen – Guinea. Im Senegal gibt es seit dem Wahlsieg des neuen Präsidenten Macky Sall im Jahre 2012 und der relativ erfolgreichen Bekämpfung der Ebola-Krise einen Aufwärtstrend. In Guinea konnten nach langen Verzögerungen Parlamentswahlen im September 2013 abgehalten werden, welche den politischen Transformationsprozess abschlossen. Auch im Bereich des Managements des Rohstoffsektors sind Fortschritte zu verzeichnen. Obwohl der neue Präsident Alpha Condé mit Problemen zwischen Identitätsgruppen zu kämpfen hat, gibt es in vielerlei Hinsicht Anzeichen für eine technokratische Orientierung bei der Besetzung von Posten und der Lösung von Problemen.

Ghana bleibt in den meisten Transformationsbereichen und bei vielen Indikatoren der Spitzenreiter der Region. Das Land musste aber deutliche Einbußen hinnehmen, die vor allem auf Mängel in der Korruptionsbekämpfung und der Fiskalpolitik zurückzuführen sind. Eine Reihe von Ländern wie Mauretanien und Togo treten auf der Stelle und haben einst ermutigende Ansätze der Transformation nicht weiter ausbauen können. Regime wie die Zentralafrikanische Republik oder die Demokratische Republik Kongo sowie der Tschad finden sich wie in den vorherigen Bewertungsrunden regelmäßig am Ende der Bewertungen der Transformationsleistungen.

Nigeria, das weitaus größte Land der Region mit über 150 Millionen Einwohnern, verkörpert die Ambivalenz der Entwicklungen vielleicht am besten. Zum einen litt das Land unter der Gewalt der Terrorgruppe Boko Haram, zum anderen gelang es – zwar relativ kurz nach dem Ende des Beobachtungszeitraums des BTI – Wahlen zu organisieren, die den ersten friedlichen Machtwechsel in der Geschichte des Landes herbeiführten. Der bisherige Amtsinhaber Goodluck Jonathan gestand seine Niederlage gegen seinen Herausforderer Muhammadu Buhari ein und verhinderte damit wahrscheinlich größere politische Turbulenzen.

Politische Transformation

Zwei Aspekte der politischen Transformation stehen im Beobachtungszeitraum des BTI 2016 für die Region West- und Zentralafrika heraus. Mehr als Hälfte der Länder können als Demokratien bezeichnet werden. Gleichzeitig bleiben blutige gewaltsame Auseinandersetzungen und der politische Einfluss des Militärs und anderer bewaffneter Akteure weiter ein ernsthaftes Problem. Politische Gewalt geriert sich zunehmend mit religiösen Untertönen. Islamistischer Terror scheint vor allem in weiten Teilen Westafrikas auf dem Vormarsch – mit erheblicher Ansteckungsgefahr.

Die Methodik des BTI unterscheidet neben Demokratien und Autokratien fünf verschiedene Untertypen politischer Regime, davon drei demokratische Typen (sich konsolidierende Demokratien, defekte Demokratien und stark defekte Demokratien) sowie zwei autokratische Typen (gemäßigte Autokratie und harte Autokratie); zu den Autokratien zählen auch die zerfallenden Staaten, in denen die Staatlichkeit derartige Mängel aufweist, dass es sich keinesfalls um Demokratien handeln kann.

In West- und Zentralafrika bleibt im BTI 2016 die Kategorie der Demokratien ohne Defekte unbesetzt. Allerdings befinden sich gleich ein Drittel der 18 Staaten in der zweitbesten Kategorie der defekten Demokratien. An der Spitze steht Ghana, gefolgt von Benin, Senegal, Niger, Liberia und Sierra Leone. Vier weitere Länder können zwar noch als demokratisch bezeichnet werden, weisen aber starke Einschränkungen der demokratischen Qualität auf. Dabei handelt es sich – in dieser Reihenfolge – um Mali, Guinea, Côte d’Ivoire und Nigeria.

Tab. 1: Entwicklungsstand der politischen Transformation

sich konsolidierende Demokratien Werte 10 bis 8	defekte Demokratien Werte < 8 bis 6	stark defekte Demokratien Werte < 6	gemäßigte Autokratien Werte > 4	harte Autokratien Werte < 4
	Ghana ▼	Mali ▲	Togo	Kamerun ▼
	Benin	Guinea ▲	Burkina Faso	Tschad
	Senegal	Côte d’Ivoire	Mauretanien	Republik Kongo
	Niger	Nigeria		DR Kongo ●
	Liberia			Zentralafrikanische Rep. ●
	Sierra Leone			

Die Tabelle folgt den Indexwerten im BTI 2016. Die Länder sind entsprechend ihrer Bewertung des Demokratie-Status angeordnet. Pfeile markieren Kategorienwechsel im Vergleich zum BTI 2014, Punkte bezeichnen zerfallende Staaten.

Eine Gruppe von drei Staaten besteht aus gemäßigten Autokratien: Togo, Burkina Faso und Mauretanien. Als harte Autokratien stuft der BTI 2016 vor allem Länder aus Zentralafrika ein. Kamerun, Tschad, die Republik Kongo, die Demokratische Republik Kongo und die Zentralafrikanische Republik bilden diese Gruppe. In der Demokratische Republik Kongo und

Zentralafrikanische Republik sind die Mängel bei der Staatlichkeit so groß, dass sie als zerfallende Staaten eingestuft werden müssen.

Wenn man die Gesamtregion betrachtet, bewegen sich die Veränderungen gegenüber dem BTI 2014 im zu vernachlässigenden Bereich. Im Mittel beträgt die Veränderung gegenüber 2014 nur -0,08 Bewertungspunkte. Dahinter verbergen sich allerdings einige deutliche Veränderungen einzelner Länder, die meist auch zu einer neuen Kategorisierung geführt haben. Aufsteiger sind vor allem Mali und daneben auch die Côte d'Ivoire und Guinea. In Mali und der Côte d'Ivoire sind die Verbesserungen Dividenden aus der Erholung von gewaltsamen Konflikten. In beiden Ländern wurden nach dem (weitgehenden) Ende der Bürgerkriege erfolgreich Wahlen abgehalten. In Guinea wurde der Transformationsprozess schließlich im September 2013 mit Parlamentswahlen abgeschlossen. Mali und Guinea haben sich damit aus der Gruppe der Autokratien verabschiedet.

Diese Erfolge dürfen aber keineswegs darüber hinwegtäuschen, dass die Transformationserfolge absolut gesehen bescheiden ausfallen und insbesondere Mali noch weit entfernt von seinem Transformationsstand vor dem Bürgerkrieg ist – zumal die islamistischen Aufständischen im Norden des Landes noch nicht vollständig besiegt sind. Die Côte d'Ivoire steht vor der Herausforderung eine echte Versöhnung mit den Besiegten des Bürgerkriegs, d.h. den Anhängern des vorherigen Präsidenten Laurent Gbagbo zu erreichen. Dieser wartet auf seinen Prozess vor dem Internationalen Gerichtshof in Den Haag.

Absteiger in der politischen Transformation gegenüber der letzten Runde des BTI sind Burkina Faso, Ghana und Kamerun. Die negative Entwicklung in Ghana verdient eine besondere Betrachtung. Ghana fiel durch seine Einbußen im Demokratie-Status aus der Kategorie der sich konsolidierenden Demokratien in die Gruppe der defekten Demokratien zurück. Das Land befand sich zuvor nur knapp über der Schwelle, welche die Zugehörigkeit zu den defektfreien Demokratien markiert. Andererseits stagniert die politische Transformation aber auch. Insbesondere im Bereich der Korruptionsbekämpfung gab es wenige Fortschritte.

Zwei bereits 2014 als autokratisch geführte Länder fielen weiter zurück. In Kamerun bleibt der langjährige und inzwischen mit über 80 Jahren betagte Herrscher Paul Biya weiter im Amt und ist in der Region damit einer der Dienstältesten „Dinosaurier“ – wie die langjährigen Präsidenten auf Lebenszeit im subsaharischen Afrika spöttisch genannt werden. Die politische Transformation stagniert und die ungelöste Nachfolgefrage lässt wenig Gutes erwarten für das abzusehende Ende seiner Amtszeit.

In Burkina Faso stürzte indes ein Präsident auf Lebenszeit. Blaise Compaoré hatte sich 1985 an die Macht geputscht und seinen Vorgänger Thomas Sankara ermordet. Ende Oktober 2014 eskalierten die Unruhen, welche seine Versuche ausgelöst hatten, die verfassungsmäßige Amtszeitbegrenzung abzuschaffen. Das Militär setzte Compaoré schließlich ab und eine zivile Übergangsregierung ein. Dieser de facto Putsch zerstörte vorerst die noch vorhandenen Restelemente demokratischer Institutionen. Ein erneuter Militärputsch gegen die Übergangsregierung im September 2015 ließ die Hoffnungen, das bald freie und faire Wahlen in dem Land durchgeführt werden könnten, jedoch schwinden.

Wahlen sowie andere Elemente der politischen Partizipation wie Meinungs-, Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit gehören in der Gesamtschau zu den positiven Merkmalen in der Entwicklung der politischen Transformation. Die Qualität der Wahlen war vor allem im Niger, aber auch in Benin, Ghana, Liberia, Senegal und Sierra Leone hoch. Natürlicher Tod, die Niederlage in einem Bürgerkrieg oder ein Militärputsch haben als Grund für einen Machtwechsel an der Spitze der Staaten zunehmend ausgedient. Das Militär bleibt in der Region zwar politischer Akteur. So sind die Regime in Mauretanien oder dem Tschad in der Essenz zivilisierte Militärregime, die aus Staatsstreich hervorgegangen sind. Das Eingreifen des Militärs muss aber nicht immer ein Ende der Demokratie bedeuten. Zuletzt läutete im Jahr 2011 ein Militärputsch im Niger eine Redemokratisierung ein. Die geschilderte Einsetzung einer Übergangsregierung in Burkina Faso schaffte zunächst Hoffnung auf eine Demokratisierung. Deren Absetzung durch das Militär im September 2015 demonstrierte jedoch, wie fragil die Situation vorerst bleibt.

Immer häufiger jedoch gibt es friedliche Machtwechsel an der Wahlurne, was vor 1990 weitestgehend undenkbar gewesen wäre. In Benin, Ghana, Senegal und Sierra Leone wurden bereits Regierungen durch weitgehend freie und faire Wahlen abgelöst. Nigeria ist das jüngste und wahrscheinlich bemerkenswerteste Beispiel. Zunächst waren die Parlaments- und Präsidentschaftswahlen wegen der schlechten Sicherheitslage infolge des Konflikts mit der Terrorgruppe Boko Haram auf Ende März 2015 verschoben worden, was schwere Befürchtungen geweckt hatte. Die Unfähigkeit der Regierung von Goodluck Jonathan, die Gewalt wirksam einzudämmen, führte dann aber zu einem deutlichen Wahlsieg seines Herausforderers Muhammadu Buhari. Die Spannung, wie der Amtsinhaber Jonathan reagieren würde, war groß. Aber nach wenigen Stunden räumte Jonathan seine Wahlniederlage ein und gratulierte seinem Herausforderer zum Wahlsieg. Ein historischer Moment für Nigeria, der den ersten friedlichen Machtwechsel in der Geschichte des Landes markierte. Darüber hinaus kann als sicher gelten, dass damit weitere politische Instabilität und Blutvergießen vermieden wurden.

Euphorie ist dennoch keineswegs angebracht. Der designierte Präsident ist ein ehemaliger Militärherrscher und es wird schwierig, die Probleme des Landes zu lösen, die im Bereich der Staatlichkeit und Rechtsstaatlichkeit auf ihn warten. Beide Bereiche sind besonders problembehaftet in der gesamten Region. Zudem verweist der Kontext der Wahlen auf eine besondere Herausforderung, die sich in weiten Teilen des subsaharischen Afrika auszubreiten beginnt: die anhaltenden Probleme mit organisierter Gewalt und die damit verbundenen Probleme mit einem aggressiven Islamismus.

In Mali und dem Tschad haben die gewaltsamen Konflikte zwar nachgelassen, sind aber nicht völlig beendet. Auch im Ostkongo halten die Konflikte an. In Nigeria setzten die islamistischen Rebellen der Boko Haram ihren gewaltsamen Aufstand fort und töteten oder entführten zahlreiche Menschen. Besondere Aufmerksamkeit und Schrecken erregte die Entführung von fast 300 Schulmädchen, die sich noch immer in den Händen der Gewaltgruppe befinden. Zeitweise schien der Siegeszug von Boko Haram unaufhaltsam und die Rebellen konnten einige größere Städte im Nordosten Nigerias unter ihre Kontrolle bringen. Die Gegenoffensiven der Regierung schienen zu verpuffen oder durch übermäßige Brutalität den Widerstand weiter anzuhetzen. Erst in den letzten Monaten gelangen der nigerianischen Armee einige militärische Erfolge.

Große Besorgnis löste in der Region und bei internationalen Beobachtern aber vor allem die Ansteckungsgefahr für andere Länder aus. Während der afrikanische Islam lange als besonders moderat und wenig anfällig für extremistische Auslegungen galt, wird nun befürchtet, dass nicht nur in Nigeria und – wie vor wenigen Jahren in Mali – extremistische Islamisten auf dem Vormarsch sind. Erste Anzeichen für Ansteckung sind bereits im Tschad und in Kamerun zu spüren. Auch im Niger kam es zu islamistischen Aufwallungen nach der Veröffentlichung von islamkritischen Karikaturen in der französischen Satirezeitschrift *Charlie Hebdo*. Im Januar 2015 wurden über 40 Kirchen im Süd-Niger niedergebrannt. Auch in anderen vorwiegend muslimischen Ländern wie dem Senegal kam es zu heftigen Protesten.

In der Zentralafrikanischen Republik spielte die Religion bei der Gewalt ebenfalls eine Rolle – allerdings in anderer Form. Hier kam es zu Auseinandersetzungen zwischen christlichen Milizen, die sich zunächst gegen eine muslimische Regierung gewehrt hatten, die aus Séléka-Rebellen hervorgegangen war. Nach dem Sturz der Rebellenregierung setzen diese Milizen ihre Angriffe auf die muslimische Minderheitsbevölkerung fort. Die zentralafrikanische Übergangsregierung und die UN-Friedenstruppen hatten große Mühe alle Übergriffe zu verhindern.

Religiöse Dogmen oder Identitätskonflikte zwischen religiösen Gemeinschaften bedrohen nicht überall die Demokratie und den Frieden in der Region. In mehr als zwei Dritteln aller Länder ist der Einfluss religiöser Dogmen auf die Politik relativ schwach. Größere Probleme gibt es vor allem in Mauretanien und Nigeria, aber auch in Niger sowie etwas weniger stark in Mali (hier vor allem extern induziert) und Senegal. Konfliktpotential zwischen religiösen Gruppen gibt es allerdings in fast allen Ländern West- und Zentralafrikas, wo häufig sowohl christliche als auch muslimische Bevölkerungsgruppen in erheblicher Zahl beheimatet sind. Religiöse (oder ethnische) Vielfalt ist allerdings nicht zwangsweise ein Problem. Dies hängt nicht zuletzt von einer ausgleichenden Politik der Regierungen ab – dies gilt auch für eine Politik, welche die Radikalisierung entschärft oder verhindert. Dazu gehören nicht zuletzt ökonomische Perspektiven für junge Menschen, welche sie weniger anfällig macht für die Verlockung religiöser und anderer Extremisten.

Wirtschaftliche Transformation

In keiner Region des BTI ist der Stand der wirtschaftlichen Transformation geringer ausgeprägt als in West- und Zentralafrika. In keinem der Länder gibt es funktionsfähige soziale Marktwirtschaften. Armut und soziale Exklusion sind weit verbreitet, soziale Sicherheitssysteme und zukunftsichernde Bildungseinrichtungen existieren allenfalls auf rudimentärem Niveau. Die Gesundheitsversorgung der Bevölkerung ist unzureichend gesichert und wird zudem von Seuchen wie Ebola oder der „Dauerseuche“ Malaria bedroht. Die Volkswirtschaften sind häufig stark abhängig von den Exporten von Bodenschätzen, was sie anfällig macht für negative gesamtwirtschaftliche Entwicklungen.

Und dennoch gibt es einige positive Elemente, die sich allerdings weitgehend dem Auge der westlichen Öffentlichkeit entziehen. So zeigt ein Blick auf eine langjährige Entwicklung, dass sich wesentliche Elemente der menschlichen Entwicklung über die Jahrzehnte trotz fortbestehender

Probleme verbessert haben. Die unmittelbare Wirtschaftsleistung stellt sich in doch mindestens einigen Staaten positiv da. Auch die Währungsstabilität, die gerade für die Ärmsten der Armen wichtig ist, da Inflation besonders diese bedroht, kann in vielen Staaten positiv gesehen werden.

Der BTI unterscheidet nach beim Stand der wirtschaftlichen Transformation die Staaten in fünf Kategorien (siehe Tabelle 2). Dabei bleiben die beiden obersten Kategorien, nämlich entwickelte und funktionsfähige Marktwirtschaften wie in der vorherigen Bewertungsrunde unbesetzt. Darin spiegelt sich deutlich der allgemein niedrige Entwicklungsstand wider. Nur drei Staaten finden sich in der Mittelkategorie der Marktwirtschaften mit Funktionsdefiziten. Dabei handelt es sich um Ghana – erneut als Spitzenreiter – sowie Senegal und Benin. Die größte Gruppe sind die schlecht funktionierenden Marktwirtschaften, in der sich allein 13 Länder befinden. Die abgeschlagenen Schlusslichter sind die beiden zerfallenden Staaten Demokratische Republik Kongo und die Zentralafrikanische Republik. In diesen beiden Ländern hat eine sozialpolitisch flankierte Marktwirtschaft nur rudimentär Fuß gefasst.

Tab. 2: Entwicklungsstand der wirtschaftlichen Transformation

entwickelte Marktwirtschaften	funktionsfähige Marktwirtschaften	Marktwirtschaften mit Funktionsdefiziten	schlecht funktionierende Marktwirtschaften	rudimentäre Marktwirtschaften
Werte 10 bis 8	Werte < 8 bis 7	Werte < 7 bis 5	Werte < 5 bis 3	Werte < 3
		Ghana	Kamerun	DR Kongo
		Senegal ▲	Burkina Faso	Zentralafrikanische Rep. ▼
		Benin	Côte d'Ivoire	
			Togo	
			Liberia	
			Mali	
			Mauretanien	
			Guinea	
			Nigeria	
			Sierra Leone	
			Niger	
			Republik Kongo	
			Tschad	

Die Tabelle folgt den Indexwerten im BTI 2016. Die Länder sind entsprechend ihrer Bewertung des Marktwirtschafts-Status angeordnet. Pfeile markieren Kategorienwechsel im Vergleich zum BTI 2014.

Wie schon für die politische Transformation beobachtet, sind keine wesentlichen Veränderungen gegenüber dem BTI 2014 zu beobachten, wenn wir uns die Region als Ganzes ansehen. Die durchschnittliche Veränderung beträgt sogar nur +0,02 Bewertungspunkte. Für Einzelfälle lassen sich aber einige bedeutende Entwicklungen feststellen, wenngleich diese nicht so ausgeprägt sind wie für die politische Transformation.

Positive Entwicklungen sind wie beim Stand der Demokratie für Mali und die Côte d'Ivoire zu verzeichnen. Der Grund ist im Grunde derselbe. Beide profitieren vom Ende der gewaltsamen Auseinandersetzungen. Der Aufschwung bedeutet nicht, dass in der wirtschaftlichen Transformation

ein absolut hohes Niveau erreicht wurde. Generell haben Nachkriegsökonomien ein höheres Wachstumspotential, da sie von einem niedrigeren Ausgangsniveau ausgehen. Der Senegal konnte gegenüber 2014 nur eine geringe Verbesserung seiner Werte für die ökonomische Transformation erreichen; dies reichte jedoch, um in eine höhere Kategorie, nämlich die Gruppe der Marktwirtschaften mit Funktionsdefiziten zu gelangen.

Neben Nigeria sind die Hauptverlierer im Bereich wirtschaftliche Transformation vor allem Ghana und besonders die Zentralafrikanische Republik. Für das letztere Land ist dafür vor allem der Gewaltkonflikt verantwortlich, der das Land erschüttert. Die negative Entwicklung in Ghana ist da schon überraschender. Das Land war in den letzten Runden des BTI der stetige Primus. Eine Stagnation hatte sich schon in den letzten Jahren angedeutet. Schwierigkeiten gab es vor allem bei der Fiskaldisziplin. Die Schulden und das Defizit stiegen erheblich. Auch in der Korruptionsbekämpfung gibt es weitere Schwächen. Beobachtet werden muss weiter, wie sich die Erdölproduktion auf die weitere politische und ökonomische Entwicklung auswirkt.

Generell sind beim sozioökonomischen Entwicklungsstand eine Reihe struktureller Probleme zu konstatieren. Wie bereits geschildert ist die Armut weiter ein endemisches Problem in der Region. Durch extreme Armut sind in vielen Staaten zahlreiche Menschen von der sozialen Teilhabe ausgeschlossen. Die Hälfte aller Staaten erreicht beim Kriterium „Sozioökonomisches Entwicklungsniveau“ den schlecht möglichsten Wert, fünf weitere nur den zweit schlechtesten Wert. Lediglich Ghana, Kamerun, die Republik Kongo und Mauretanien stehen etwas besser da erreichen Werte von 3 oder 4 Punkten.

Auch die Struktur der Volkswirtschaften zeigt fundamentale Defizite. Dies betrifft Elemente wie die Wettbewerbssicherung oder das Bankensystem oder den Schutz von Privateigentum. Eine besondere Problematik ergibt sich aber daraus, dass so viele Volkswirtschaften der Region vom Export von Rohstoffen wie Erdöl, Diamanten, Uran, Kupfer oder Kakao abhängig sind. Gesunde Volkswirtschaften sind auf jeden Fall nicht hochabhängig vom Export von Rohstoffen. Womöglich verschärft werden diese Probleme noch, wenn man in Rechnung stellt, dass Systeme der sozialen Sicherung und die Zukunftssicherung durch effektive Bildungssysteme besonders wenig ausgeprägt sind. Auch hier zeigen die Länder der Region besonders schlechte Werte.

Neben diesen ausgeprägten Herausforderungen gibt es aber auch Lichtblicke. Generell gehört die wirtschaftliche Leistungsstärke zu den besseren Teilen der wirtschaftlichen Entwicklung. Hier werden mit Ausnahme der Zentralafrikanischen Republik mittlere Werte zwischen 5 und 7 erreicht. Wie in den vergangenen Jahren sind auch die Währungsstabilität und ihr institutioneller Schutz ein Aktivposten in der Ökonomie der Region. Die hohe Preisstabilität in vielen Ländern West- und Zentralafrikas gehörte auch in den vorherigen Runden des BTI zu den Lichtblicken im Bereich Marktwirtschaft.

Im Rahmen der Währungsunion des Franc CFA, der an den Euro gekoppelt ist, bestimmen unabhängige Zentralbanken für jeweils West- und Zentralafrika die Geld- und Wechselkurspolitik. Die westafrikanische Zentralbank weist hier die deutlich bessere Performance auf im Vergleich zur zentralafrikanischen Zentralbank. Die damit eingeschränkte nationale Gestaltungsfähigkeit wird jedoch durch die generell eher niedrigen Inflationsraten der Mitglieder der Währungsunion (Benin,

Burkina Faso, Côte d'Ivoire, Kamerun, Mali, Niger, Senegal, Togo, Tschad und Zentralafrikanische Republik) aufgewogen.

In den letzten Jahren und Monaten ist zudem eine Diskussion aufgekommen, dass die Kopplung an den Euro angesichts der Turbulenzen um die europäische Gemeinschaftswährung auch erhebliche Nachteile bergen könnte. Dies ist sicher nicht ausgeschlossen, für die Gegenwart und jüngere Vergangenheit lässt sich aber wohl festhalten, dass diese Kopplung mehr Vor- als Nachteile erbracht hat.

Tab. 3: Trends der Menschlichen Entwicklung in West- und Zentralafrika 2000 bis 2013

HDI Rang (2013)	Land	HDI-Wert		Durchschnittl. Jährliches Wachstum des HDI (%)
		2000	2013	2000-2013
138	Ghana	0,487	0,573	1,26
140	Republik Kongo	0,501	0,564	0,92
152	Kamerun	0,433	0,504	1,18
152	Nigeria	..	0,504	..
161	Mauretanien	0,433	0,487	0,91
163	Senegal	0,413	0,485	1,25
165	Benin	0,391	0,476	1,52
166	Togo	0,430	0,473	0,74
171	Côte d'Ivoire	0,393	0,452	1,08
175	Liberia	0,339	0,412	1,52
176	Mali	0,309	0,407	2,13
179	Guinea	..	0,392	..
181	Burkina Faso	..	0,388	..
183	Sierra Leone	0,297	0,374	1,79
184	Tschad	0,301	0,372	1,66
185	Zentralafrikan. Rep.	0,314	0,341	0,61
186	DR Kongo	0,274	0,338	1,64
187	Niger	0,262	0,337	1,95
-	West- und Zentralafrika	0,399	0,502	1,34
-	Welt	0,597	0,702	0,73

Quelle: United Nations Development Programme

Da die Zeitreihe des BTI nur bis ins Jahr 2005 - der ersten Erhebung des Transformationsindex - zurückreicht, werden langfristige Entwicklungen bisher nur bedingt abgebildet. Dies gilt auch für die sozioökonomische Transformation in West- und Zentralafrika. Eine langfristige Sicht auf Kernbereiche der sozioökonomischen Entwicklung fördert dann eine womöglich für viele überraschende Erkenntnis zutage.

Der von den Vereinten Nationen erhobene Index der Menschlichen Entwicklung, der Human Development Index (HDI), misst wesentliche Merkmale „menschlicher Entwicklung“ wie Pro-Kopf-Einkommen, Bildungsstand und Lebenserwartung.

Der Vergleich über die Zeit verdeutlicht, dass sich die sozioökonomische Lage der Bevölkerung über die Jahre stark verbessert hat. Wie Tabelle 3 ausweist, sind zwar nicht für alle Länder durchweg Daten vorhanden. Für Nigeria, Liberia, Guinea und Burkina Faso ist die Datenlage relativ dünn. Allerdings sind die absoluten Werte des HDI praktisch für alle Länder von 1980 bis 2013 (letzter verfügbarer Wert) durchweg gestiegen. Nur in der DR Kongo ist der HDI-Wert zwischen 1980 und 2013 fast gleich geblieben.

Das Jahrzehnt zwischen 1990 und 2000 war von einem relativ geringen Wachstum beim HDI gekennzeichnet. Teilweise verkehren sich die Zahlen sogar ins Negative. Die Jahre zwischen 2000 und 2013 zeigen dafür ein fast durchgängig starkes Wachstum. Und: dieses Wachstum ist deutlicher stärker als weltweit und auch höher als in den meisten anderen Regionen des BTI. Bemerkenswerterweise ist es das südliche und östliche Afrika, wo die Zugewinne noch größer waren. Es scheint also durchaus angemessen zu schlussfolgern: Langfristig geht es auch in West- und Zentralafrika bzw. dem subsaharischen Afrika insgesamt mit den Lebensbedingungen der Menschen aufwärts.

Transformationsmanagement

Die Region West- und Zentralafrika kämpft vor allem im sozioökonomischen aber auch politischen Bereich mit zahlreichen Herausforderungen. Die westlichen Schlagzeilen wurden dabei besonders von der Seuche Ebola beherrscht. Ein für die wirtschaftliche Transformation festgestelltes langfristiges strukturelles Problem ist die Abhängigkeit vieler Staaten der Region von den Einkünften aus Rohstoffexporten. Diese Abhängigkeit stellt besondere Herausforderungen an Regierungsführung.

Grundsätzlich ist der Stand der politischen und wirtschaftlichen Transformation untrennbar mit dem entsprechenden Management verbunden – und die Korrelationen von Status und Management sind entsprechend hoch. Ein besserer Stand der politischen und wirtschaftlichen Transformation geht meist auch mit einem ansprechenden Transformationsmanagement einher. Allerdings ist dies kein deterministischer Zusammenhang. Die Steuerungs- und Implementationsleistung der Regierungen ist wesentlich volatiler als der ökonomische und politische Transformationsstatus und der Schwierigkeitsgrad beim Management.

Dies spiegelt sich auch in einer größeren Streuung der Gesamteinstufungen bei der Transformationsleistung wider. Zwar bleibt die beste Kategorie eines sehr guten Transformationsmanagements erneut unbesetzt, aber immerhin fünf Ländern wird ein gutes Transformationsmanagement attestiert. Dabei gibt es mit Senegal einen neuen Spitzenreiter, der den Vorrundensieger Ghana auf den zweiten Platz verdrängt hat. Grund sind unter anderem die hoffnungsvollen Ansätze unter dem neuen Präsidenten Macky Sall und die prompte und effektive

Reaktion auf die Bedrohung durch die Ebola-Seuche – während Ghanas Managementleistung leicht nachließ.

Tab. 4: Qualität des Transformationsmanagements

sehr gut	gut	mäßig	schwach	gescheitert oder nicht vorhanden
Werte 10 bis 7	Werte < 7 bis 5,6	Werte < 5,6 bis 4,3	Werte < 4,3 bis 3	Werte < 3
	Senegal	Benin ▼	Zentralafrikanische Rep.	Tschad
	Ghana	Mali ▲	Mauretanien	DR Kongo
	Liberia	Sierra Leone	Nigeria ▼	
	Niger	Côte d'Ivoire	Kamerun	
	Guinea ▲	Burkina Faso	Rep. Kongo	
		Togo		

Die Tabelle folgt den Indexwerten im BTI 2016. Die Länder sind entsprechend ihrer Bewertung im Management-Index angeordnet. Pfeile markieren Kategorienwechsel im Vergleich zum BTI 2014.

Andere Staaten mit guten Management sind Liberia, Niger und Guinea. Ein Drittel aller Staaten zeigt ein mäßiges Transformationsmanagement (Benin, Mali, Sierra Leone, Côte d'Ivoire, Burkina Faso und Togo). Die Governance-Leistung ist jedoch nur schwach in der Zentralafrikanischen Republik, Mauretanien, Nigeria, Kamerun und der Republik Kongo. Das Management der Regierungen im Tschad und der Demokratische Republik Kongo, kann als „nicht vorhanden“ bezeichnet werden, da beide derzeit keinerlei Transformation zu Demokratie und Marktwirtschaft anstreben.

Insgesamt sind die Veränderungen im Aggregat wie für die anderen Teilbereiche des BTI ziemlich gering. Sie betragen im Mittel nur 0,06 Bewertungspunkte auf einer Skala von 1 bis 10. Aber auch beim Management kam es wieder in einigen einzelnen Ländern zu erheblichen negativen oder positiven Entwicklungen. Die positivsten Entwicklungen sind in Mali zu verzeichnen, mit einigem Abstand gefolgt von der Côte d'Ivoire. Hier spielen erneut die Erfolge bei der des Wiederaufbaus nach dem (weitgehenden) Ende der Bürgerkriege eine Rolle. Mali konnte sich um eine Kategorie verbessern, was freilich nicht mehr als ein mäßiges Management bedeutet. Guinea zeigt die drittstärkste Verbesserung. Die Regierung von Alpha Condé konnte sich dadurch auf das Prädikat „gut“ verbessern, vor allem dank einiger Bemühungen im Rohstoffsektor und bei der Rekrutierung von Leitungspersonal. Senegal verbesserte sich zwar nur leicht, konnte aber dafür die Spitzenposition vor Ghana einnehmen.

Relativ moderate Verschlechterungen sind für Ghana, die Demokratische Republik Kongo und die Republik Kongo zu verzeichnen. Ausgeprägter ist der Abwärtstrend für Benin. Präsident Thomas Yayi Boni zeigte eine geringe Neigung zur Konsultation in dem in der Vergangenheit oft als Musterland geführten Benin. Offenbar drängen zudem frühere Militärs vermehrt in die Politik.

Die mit Abstand problematischste Entwicklung ist, vielleicht ironischerweise, in Nigeria zu beobachten. Die weitgehende Unfähigkeit der Regierung Goodluck Jonathan, die Probleme mit den

aufständischen Islamisten von „Jama’atu Ahlis Sunna Lidda’awati wal-Jihad“ (kurz: Boko Haram) zu lösen, trug auch erheblich zu dessen Wahlniederlage bei, die nach Ende des Untersuchungszeitraumes des BTI 2016 im März 2015 stattfand.

Ein besonderes Merkmal des Managements in West- und Zentralafrika ist der ausgesprochen hohe Schwierigkeitsgrad, dem sich die Staaten gegenüber sehen. In keiner Region der Welt sind die Herausforderungen größer. Zwei Drittel der Staaten haben einen Wert von mindestens 7 auf der Skala von 1 bis 10. Besonders ausgeprägt sind die Herausforderungen in der Demokratischen Republik Kongo, im Tschad und in der Zentralafrikanischen Republik.

Die Herausforderungen sind dabei vielfältig. Es geht um die Belastung mit Gewaltkonflikten oder dem Umgang mit den Hinterlassenschaften von Krieg, Gewaltherrschaft und Tyrannei. Nur wenige Staaten schaffen es, mit vergangenem Unrecht angemessen und sensibel umzugehen. Fehlende zivilgesellschaftliche Traditionen belasten vielerorts die demokratische Entwicklung. Strukturelle Faktoren wie Desertifikation und eine rudimentäre Infrastruktur tun häufig ihr Übriges, um die sozioökonomische Entwicklung zu erschweren.

Die Bilanz von West- und Zentralafrika unterscheidet sich erheblich bei den anderen Dimensionen des Transformationsmanagements. Traditionell gut ist die internationale Zusammenarbeit, die natürlich auch die Abhängigkeit von internationalen Gebern widerspiegelt. Diese ist freilich verringert seit sich China verstärkt auf dem afrikanischen Kontinent engagiert. Zudem zeigt sie häufig positive Wirkungen, wenn mit UN-Mandat ausgestattete Friedenstruppen wie in der Côte d’Ivoire, der Demokratischen Republik Kongo, Liberia, Mali und der Zentralafrikanischen Republik ihr Möglichstes tun, um weitere Gewalt zu verhindern oder mindestens zu mindern.

Die Konsensbildung und der Ausgleich von gesellschaftlichen Cleavages sind nicht überall erfolgreich. In Ländern wie Senegal und Ghana funktioniert dies relativ gut, in anderen, vor allem in Zentralafrika weniger gut, wo die geschilderten gewaltsamen Probleme zwischen Identitätsgruppen eskalierten und nur mühevoll durch externe Akteure eingedämmt werden konnten. Traditionell am schlechtesten schneiden die Staaten der Region bei der Gestaltungsfähigkeit und der Ressourceneffizienz ab. Dies lässt sich anhand von aktuellen und langfristigen Herausforderungen illustrieren.

Ein langfristiges Problem ist die große Abhängigkeit vieler Staaten der Region von Rohstoffexporten. Wie in Tabelle 5 ausgewiesen, liegt die Abhängigkeit bei allen 18 Ländern der Region über dem globalen Mittel; neun Länder liegen sogar über dem subsaharischen Durchschnitt. Besonders ausgeprägt ist die Abhängigkeit bei den Erdölproduzenten Republik Kongo, Mauretanien und Tschad. In der Demokratischen Republik Kongo und Liberia ist die Abhängigkeit mindestens ebenso groß, verteilt sich aber auf verschiedene Ressourcentypen.

Die Abhängigkeit von Ressourcenexporten kann in Zeiten hoher Preise ein Wachstumsmotor sein. Selbst dieser Reichtum bleibt jedoch ein zweiseitiges Schwert. Das Theorem vom „Ressourcenfluch“ geht davon aus, dass hohe Einnahmen aus dem Rohstoffsektor Inflationseffekte erzeugen und andere Exportsektoren weniger wettbewerbsfähig machen. Dieser als „Dutch Disease“ bekannte Effekt wird noch durch eher psychologische Effekte verschärft. Der scheinbare Reichtum

kann dazu verleiten, hohe Schulden aufzunehmen, großzügige und unsinnige Ausgaben zu tätigen oder andere Wirtschaftssektoren zu vernachlässigen. Wenn die Preise fallen, dann stehen die betroffenen Volkswirtschaften oft vor noch größeren Problemen. Die negativen Auswirkungen beschränken sich nicht auf die Ökonomie, sondern können auch die Demokratie beschädigen, die Korruption fördern und zu Konflikten führen.

Diese Probleme sind aber nicht Gott gegeben. Um einen echten Fluch handelt es sich keineswegs. Übernatürliche Kräfte sind nicht involviert. Allerdings stellt die Abhängigkeit von Ressourcen (keineswegs mit Reichtum zu verwechseln) erhöhte Herausforderungen an die Governance-Leistung der Regierungen. In Tabelle 5 können wir erkennen, dass es eine deutliche negative Korrelation zwischen Grad der Abhängigkeit und der Managementleistung gibt (sowie dem Stand der politischen und wirtschaftlichen Transformation).

Länder wie Ghana oder Guinea geben aber doch zumindest Anlass zur Hoffnung. In Guinea hat die Regierung Condé die Gesetzgebung im Ressourcensektor reformiert und geht auch gegen Korruption vor. In Ghana ließ man sich vor Beginn der Erdölförderung von ausländischen Experten beraten. Vor allem norwegische Berater fanden Gehör. Bislang hat dort der „Ressourcenfluch“ noch keine ausgeprägten Spuren hinterlassen.

Es gibt freilich viele Negativbeispiele. Der Tschad und die Demokratische Republik Kongo gehören als Staaten ohne politischen Willen zur Transformation auch zu den Fällen mit fragwürdigem Management des Ressourcensektors. Im Tschad wurde bereits vor Jahren ein Managementsystem von der Regierung aufgegeben, weil es die Verwendung der Erdöleinnahmen nicht für Militärausgaben gestattete. In der Republik Kongo unternimmt man keinerlei Anstrengungen, die Ökonomie zu diversifizieren, obwohl allen Verantwortlichen klar sein muss, dass auf Dauer das Erdöl keine Lösung sein kann. Nigeria zeigt fast alle Merkmale des „Ressourcenfluchs“, insbesondere der Diebstahl von Öl aus Tankern und angezapften Pipelines ist notorisch. Der neue Präsident Buhari steht auch im Management des Erdölsektors vor einer Herkulesaufgabe.

Seit Anfang 2014 suchte die Ebola-Seuche Westafrika heim. Dabei handelt es sich um den schlimmsten Ausbruch einer solchen Epidemie, die jemals aufgezeichnet wurde, wie die Hilfsorganisation Oxfam meldet. Besonders stark betroffen waren (und sind) Sierra Leone, Liberia und Guinea. Aber auch in anderen Ländern Westafrikas sind vereinzelt Ebola-Fälle aufgetreten oder diese Länder waren zumindest von deren Ausbruch bedroht. Obwohl die Epidemie inzwischen weitgehend eingedämmt werden konnte, ist eine erneute Eskalation der Lage nicht auszuschließen. Nach UN-Angaben haben sich bislang mehr als 27.000 Menschen angesteckt. Über 11.000 sind an der hoch infektiösen Krankheit gestorben.

Die Seuche hat Auswirkungen auf die Volkswirtschaft, lässt die Armut ansteigen und schwächt die vorhandenen Gesundheitssysteme. Sie ist aber gleichzeitig auch ein Gradmesser für die Managementleistung der Regierungen. Die vielen Toten in Sierra Leone, Liberia und Guinea sind auch ein Beispiel für die Schwächen der Gesundheitssysteme. In Guinea wurden überdies teilweise Ärzteteams angegriffen. Dass die Seuche in der Côte d’Ivoire und dem Senegal keinen Fuß fassen konnte, lag auch daran, dass schnell die notwendigen Vorsorgemaßnahmen ergriffen wurden. Der Vergleich dieser Staaten zeigt, dass auch afrikanische Staaten durchaus in der Lage sind, auf

Herausforderungen wie Ebola zu reagieren und dass gutes Management – wohl nicht nur im Gesundheitssektor – durchaus einen Unterschied macht.

Tab. 5: Abhängigkeit von Rohstoffen und Qualität des Transformationsmanagements

Land	Wichtigste natürliche Ressourcen	Abhängigkeit von natürlichen Ressourcen Renten in % des BIP 2013	Managementleistung im BTI 2016 1-10
<i>Globaler Durchschnitt</i>		4,9	5,50
Senegal	Fisch, Erdnüsse	5,2	7,23
Benin	Baumwolle, Palmöl	5,8	6,00
Sierra Leone	u.a. Diamanten, Rutil	7,9	5,70
Côte d'Ivoire	Kakao, Erdöl	8,4	5,48
Togo	u.a. Kakao & Phosphat	8,9	5,25
Cameroon	Erdöl	9,1	3,90
Mali	Gold	13,3	5,78
Nigeria	Erdöl	15,6	4,32
Central African Republic	Diamanten, Holz	15,6	4,38
Ghana	Gold, Erdöl	17,6	7,19
Niger	Uran, Erdöl	18,3	6,27
<i>Durchschnitt West- und Zentralafrika</i>		20,72	5,19
Burkina Faso	Baumwolle	22,0	5,25
Guinea	Bauxit, Gold, Diamanten	23,6	6,15
Chad	Erdöl	27,8	2,90
Liberia	Diamanten, Eisenerz, Gummi, Holz	29,7	6,53
Congo, DR	Diamanten, Kupfer, Kobalt, Erdöl	40,0	2,87
Mauritania	Erdöl	44,3	4,47
Congo, Rep.	Erdöl	59,8	3,70
Korrelation mit Abhängigkeit von Ressourcen			-0.49315067
Quelle: World Development Indicators und BTI			

Ausblick

Zukünftige Entwicklungen in der politischen und wirtschaftlichen Transformation und dem Transformationsmanagement in West- und Zentralafrika sind nicht wirklich seriös vorherzusagen. Die Erfahrungen der letzten Jahre zeigen, dass große und schnelle Veränderungen in der Gesamtregion vermutlich nicht zu erwarten sind. Gleichzeitig werden aber, ebenso wie in den letzten Jahren, zahlreiche, vor allem politische Turbulenzen in einzelnen Ländern alles andere als ausgeschlossen sein.

Vor einer ungewissen Zukunft stehen fast alle Staaten. Mit Spannung verfolgt werden dürfte wie sich der neue nigerianische Präsident Muhammadu Buhari den Herausforderungen seines Landes stellen wird. Insbesondere der Kampf gegen die Islamisten von Boko Haram, die Armut und Korruption sowie um ein besseres Management des Erdölsektors wird zu echten Prüfsteinen werden. Für Post-Konfliktstaaten wie Mali und die Côte d'Ivoire gilt es, den eingeschlagenen Weg zügig weiter voranzuschreiten. Ob es in Burkina Faso nach dem erneuten Putsch und dem Absetzen der Übergangsregierung durch das Militär im September 2015 gelingt, bald die ersten demokratischen Wahlen in der Geschichte des Landes durchzuführen, ist fraglich. Die Zentralafrikanischen Republik steht vor noch größeren Herausforderungen.

Der Blick von außen auf West- und Zentralafrika sollte auf mehrere Weisen geschärft werden. Nicht nur wegen der Flüchtlingsströme über das Mittelmeer und die Bedrohung durch den Islamismus sollte die Region mehr Aufmerksamkeit erhalten, als dies bislang der Fall war. Dazu gehört zunächst, dass man das Klischee vom Kontinent der Krisen, Kriege, Krankheiten und Katastrophen differenziert korrigiert. Es wäre töricht, negative Ereignisse und Entwicklungen zu leugnen und grassierenden Afro-Pessimismus durch einen blauäugigen Afro-Optimismus auszutauschen. Bedrohungen und Probleme sind jedoch nur eine Seite der Medaille. Die mediale Konzentration auf aktuelle Krisen verstellt allzu oft den Blick auf langfristige, auch positive Entwicklungen. Die Verbesserungen im Bereich der menschlichen Entwicklung gehören dazu und es stellt sich die Frage, wie diese Prozesse weiter vertieft werden können.

Der Wunsch nach positiven Beispielen, nach „Leuchttürmen“ und „Musterländern“, verführt jedoch oftmals dazu, in Ländern, die eindeutig positive Ansätze aufweisen, Probleme und Risiken zu übersehen. Mali war in der Vergangenheit so ein Beispiel. Ghana droht nun auch vielleicht etwas zu häufig und zu laut als „Musterland“ gepriesen zu werden. Bis hin zu einer selbsttragenden politischen und wirtschaftlichen Transformation ist auch hier noch ein gutes Stück des Weges zu gehen. Insgesamt gilt es, ohne Verklärung und Verzerrung auf die differenzierte Realität der Region zu blicken.

Hinsichtlich der Empfehlung konkreter Maßnahmen ist es zwar kaum möglich, erschöpfend Ratschläge aufzulisten. Einige Ansätze scheinen aber besonders wichtig: Die politische Transformation muss nicht zuletzt um stabile Rahmenbedingungen bemüht sein, um darauf tragfähige demokratische Entscheidungsprozesse aufbauen zu können. Militärs müssen ihre Aufgaben professionell wahrnehmen. Zur Vertiefung der politischen Transformation gehört auch der Ausgleich zwischen ethnischen und religiösen Identitätsgruppen. Der Gefahr eines ausufernden Islamismus, teilweise gespeist durch Einflüsse von außen, ist vor allem mit sehr viel mehr Engagement einer Radikalisierung insbesondere von Jugendlichen entgegenzuwirken.

Die Immunisierung der Bevölkerung gegen die Verlockungen des Extremismus führt bereits zwangsläufig in den Bereich der wirtschaftlichen Transformation. Nachhaltiges Wachstum schafft die Voraussetzungen für ein menschenwürdiges Dasein, für Arbeitsplätze, effektive Gesundheitssektoren und tragfähige soziale Sicherungssysteme. Staaten, die von Rohstoffexporten abhängig sind, sollten die Diversifizierung ihrer Ökonomien vorantreiben und die Einnahmen sozial verträglich verteilen und in die Zukunft der Länder, in Infrastruktur und Bildung investieren.

Investitionen in die Bildung der Bevölkerung sind womöglich ein Schlüsselbereich. Mit Bildung kann die Zukunft der Länder in West- und Zentralafrika langfristig am nachhaltigsten gesichert werden.

Um all dies voranzutreiben, bleiben die Eliten der Staaten der Region aufgerufen, dem Gemeinwohl ihrer Bürgerinnen und Bürger zu dienen und nicht den eigenen Machterhalt in den Vordergrund zu stellen. Das Vorantreiben der politischen und wirtschaftlichen Transformation ist vor allem eine Aufgabe der Einwohner der Länder selbst. Dies lehrt nicht zuletzt die Erkenntnis, dass Entwicklungshilfe und Entwicklungszusammenarbeit zwar akute Notsituationen lindern oder positive Entwicklungen unterstützen, im besten Fall sogar initiieren kann. Eine vollkommene Transformation der Länder von außen ist aber schlechterdings möglich. Kritik an der Entwicklungszusammenarbeit ist deshalb oft überzogen, weil die Erwartungen an sie einfach zu hoch sind. Zudem ist eine paternalistische Haltung gerade gegenüber ehemaligen europäischen Kolonien weder angebracht noch zielführend. Die Rolle der internationalen Geber sollte sich auf Unterstützung konzentrieren, nicht auf Vorschriften.

Dies bedeutet nicht, dass die Werte westlicher und anderer Länder keine Rolle spielen sollten. Die Unterstützung von Demokratie und menschlicher Entwicklung haben auch die Einwohner der Region West- und Zentralafrika verdient. Dies gilt umso mehr bei der Verhinderung weiterer Gewalteskalation. Gerade westliche Länder sollten sich bewusst sein, dass es mitunter zu Zielkonflikten kommen kann. Die Priorität von Sicherheitsinteressen bezüglich der islamistischen Bedrohung im Sahel und Westafrika führt häufig dazu, dass Machthaber unterstützt werden, deren Verhalten langfristig den Interessen der internationalen Akteure und der Einwohner der Länder zu wider laufen. Solche Zielkonflikte sind vorausschauend zu antizipieren und nach Möglichkeit zu vermeiden. Kurzsichtige Politik könnte sich langfristig als verheerend erweisen.

